

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: A. Graubmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Verleger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Bock & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 8. November. Dem Bundesrat ist das Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichs, der Marine und der Reichs-Eisenbahnen pro 1894/95 über 116 258 440 Mark, sowie ein Nachtragsetat über 550 000 Mark zugegangen. — Die Vorlagen liegen bereits auf der Tagesordnung der für morgen anberaumten Sitzung.

Das Staatsministerium trat heute Mittag unter dem Vorsitz des Grafen Eulenburg zu einer Sitzung zusammen.

In verschiedenen hiesigen Restaurants erschienen gestern Polizeibeamte und forderten die Besucher auf, unter keinen Umständen mehr in ihren lokalen Glücksspielen zu gestatten.

Zum Zwecke der gemeinsamen Spargen, arbeitenden, werthbärtigen Bevölkerung und im Interesse der so vielfach auf das lebhafteste angeregten Bevölkerung verlangt die „Kreuzzeitung“ die Berücksichtigung des gesamten Materials der Beratungen der Berles-Enquete-Kommission.

Beim italienischen Votschaffer Grafen Longa findet heute zu Ehren des russischen Votschaffers Grafen Schadow eine Festtafel statt.

Se. Majestät der Kaiser erließ heute während der gestrigen Jagd im Revier Entingen einen Befehl, einen Stier und zwei Stöckel. Das Stierstück wurde auf der Jagdhütte eingebracht. Nach beendetem Jagd erfolgte gegen 6 Uhr vom Jagdterrean aus die Rückkehr nach Schloss Babelsberg, woselbst Abends 7 Uhr die Tafel stattfand, an welcher mit den Majestäten deren Gefolge und die übrige Jagdgemeinschaft theilnahm. Heute wurde im Jagdrevier Herrenberg gejagt. Die Abfahrt nach dem Jagdrevier erfolgte heute früh 8 1/2 Uhr.

— Aus Anlaß der Eröffnung des Reichstages wird am 16. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, in der Kapelle des hgl. Schloßes ein Gottesdienst abgehalten werden. Die Predigt ist dem General-Superintendenten Hopsprenger Faber übertragen worden.

Die Nachricht einiger Blätter, daß dem Reichstage in seiner nächsten Tagung eine Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz zugehen werde, bestätigt sich nicht. Es liegt augenblicklich eine Vernehmlichung mit einer in ihren Vorbereitungen durch das Reichsamt des Innern allerdings schon fast geforderten Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz vor.

Ueber die bevorstehende Ausdehnung des Systems der Dienstaltersstufen auf die mittleren und Rangbeamteten des Reichs verläutet, daß auch hier nur wie bei den diesjährigen gleichen Regelung der Gehälter der Unterbeamten beabsichtigt wird, unter Abnahme von sonstigen Veränderungen der Verhältnisse das Aufsteigen im Gehalt von dem Eintritt von Stellenrücktritten und von der Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen unabhängig zu machen. In die Neuregelung nicht einbezogen sollen außer den nicht mit einem aufsteigenden Gehalt, sondern mit Einzelgehalt ausgestatteten, sowie den zu künftigen Gehaltsbestimmungen der Beamten der Reichsfinanz, als in besonderen Einzelstellungen befindlichen, und für jetzt auch die Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung werden. Wie bekannt, wurde auch die im laufenden Etat zur Ausführung gebrachte Maßnahme auf die Unterbeamten der Post- und Telegraphenverwaltung nicht erstreckt, weil sich deren Gehaltsverhältnisse dadurch verschlechtert haben würden. Dasselbe würde mit den mittleren Beamten dieser Verwaltung der Fall sein. Es hat sich für sie ein Weg zu einer dem preussischen Vorbilde bei der Einführung des Dienstaltersstufenwesens nahe kommenden Neuordnung nicht gefunden, da einzelne Kategorien von ihnen, namentlich in Folge der regelmäßigen Beförderungen in höhere Stellen, besonders günstig stehen. Allgemein sollen für alle Beamten dreijährige Zeiträume in Aussicht genommen werden, während welcher sie auf den Gehaltsstufen verbleiben sollen. Die Gesamtumschlagzeit bis zur Erreichung des Höchstgehalts soll so bemessen werden, daß die Vorgesetzten in der Regel Mitte der fünfziger Lebensjahre oder doch nicht sehr erheblich später das höchste Gehalt der Laufbahn erreichen können. Die Gehaltssteigerung in den einzelnen Stufen soll möglichst gleichmäßig werden. Wo ungleichmäßige Abstände nötig werden, soll, wie bei den Unterbeamten, das stärkere Steigen regelmäßig in die unteren Stufen verlegt werden. Diejenigen, welche bereits ein höheres Gehalt beziehen, als ihnen nach der Dienstaltersstufe zugehören würde, werden selbstverständlich das höhere Gehalt behalten. Für die Ausfüllung des Systems sollen dieselben Grundsätze maßgebend sein wie bei den Unterbeamten. Es soll also namentlich die Verwirklichung der Dienstaltersstufe stets vom ersten Tage des Kalenderjahres ab zu erfolgen haben, dergestalt, daß jeder Beamte, welcher im Laufe eines Vierteljahres eine höhere Dienstaltersstufe erreicht hat, die entsprechende Gehaltszulage vom ersten Tage des folgenden Vierteljahres ab, dergestalt, daß er schon am ersten Tage eines Kalenderjahres in eine höhere Dienstaltersstufe vorrückt, die Zulage bereits von diesem Tage ab erhält, und daß die in der neuen Stufe wieder zurückzulegende dreijährige Dienstzeit von dem bezeichneten Termin ab berechnet wird. Ferner soll es als Regel festgehalten werden, daß die Dienstzeit in jeder Beamtenkategorie vom Zeitpunkt der etatsmäßigen Anstellung des Beamten in der betreffenden Kategorie ab zu berechnen ist. Ein Mehraufwand gegenüber der bisherigen Fondsveranschlagung dürfte sich wenigstens vorübergehend bei der Einführung des neuen Systems für die mittleren und Rangbeamteten nicht vermeiden lassen. Eine Ausgleichung dürfte aber theilweise dadurch herbeigeführt werden, daß neue Stellen nur mit dem Mindestlohn, statt wie bisher mit dem Durchschnitt, in Zugang kommen.

Schon in der vorletzten Tagung war dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher den Zweck hatte, aus dem Kapitalbestande des Reichs-Invalidenbundes einen Betrag von 67 Millionen Mark flüssig zu machen und der Reichskasse zur Verkleinerung der Betriebsfonds zu überweisen. Der Entwurf wurde nicht erledigt. Dem Vernehmen nach wird in der bevorstehenden Tagung ein gleicher Entwurf vorgelegt werden. Das Bedürfnis zur Verkleinerung der Betriebsfonds hat sich inzwischen noch gesteigert. Einerseits ist aus Anlaß der Heeresverkleinerung der Bedarf für die Militärverwaltung erheblich gewachsen. Andererseits hat die Verkleinerung der Betriebsmittel des Reichs durch die Unfallver-

sicherungsgesetze in weit stärkerem Maße zugenommen, als bei der Einbringung des vorjährigen Gesetzentwurfs angenommen werden konnte. Während damals die Summe der voraussichtlich Ende Mai 1893 bestehenden unbefriedigten Forderungen des Reichs an die Versicherungsbetriebe auf 15,2 Millionen veranschlagt war, haben die Forderungen zu dem angegebenen Zeitpunkt thatsächlich den Betrag von 20,77 Millionen erreicht. Für Ende Mai 1894 werden sie auf 24,4 Millionen geschätzt. Das Ungenügende des Mangels an Betriebsfonds eine ordnungsmäßige Führung des Reichshaushalts möglich war, erklärt sich aus dem bisherigen, besonders preussischen Zahlungsmodus der Militärarbeitgeber. Im Zusammenhang mit der geplanten Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Bundesstaaten soll aber die bisherige monatliche Entlohnung und theilweise Vorauszahlung der Militärarbeitsleistungen in Fortfall kommen und letztere gegen die den Bundesstaaten zu überweisenden Zolls- und Steuerbeiträge aufgerechnet werden. Dazu ist eine Verkleinerung der Betriebsfonds mindestens um 67 Millionen notwendig. Dieselben sollen dem Reichsinvalidenbonds entnommen werden. Die Altanleihe dieses Fonds überstieg am 30. Juni 1891 den Kapitalwerth der Verbindlichkeiten um 116,9 Millionen. Seitdem hat sich der Ueberschuß noch erheblich vermehrt, so daß er von der Verwaltung des Fonds für den 1. April 1893 auf annähernd 130 Millionen Mark geschätzt wird. Inzwischen sind durch die Militärpensionsnovelle auf den Invalidenbonds weitere Ausgaben angewiesen, deren Kapitalwerth auf 43 Millionen geschätzt werden. Die außerdem geplante Verkleinerung der Verbindlichkeiten aus den Kriegen von 1870-71 behufs der vom Reichstage angeordneten Gleichstellung mit den Theilnehmern des Krieges 1870-71 würde zu einer weiteren Belastung des Fonds im Kapitalwerthe von 14,3 Millionen führen. Es würde sich also immer noch ein verfügbarer Ueberschuß von rund 72 Millionen Mark ergeben. Es erscheint also ohne Zweifel die Verkleinerung der Verbindlichkeiten des Fonds angängig, dem Ueberschuß 67 Millionen zu entnehmen.

Sämmtliche 433 Wahlen sind jetzt bekannt; davon 149 Konservern, 59 Freikonservative, 90 Nationalliberale, 91 Zentrum, 6 freisinnige Vereinigung, 14 freisinnige Volkspartei, 2 Dänen, 18 Polen, 2 Bund der Landwirthe, 1 Welse, 1 unbekannt.

Bromberg, 6. November. Eine Reihe von hiesigen katholischen Hausvätern hatte sich an die Regierung mit der Bitte gewandt, die Erteilung des polnischen Privatsprachunterrichts durch Lehrer zu gestatten. Die Regierung lehnte diese Bitte mit der Begründung ab, daß das Jesuitische Lehrsystem lediglich dazu geeignet sei, um die Kenntnis der polnischen Sprache bei denjenigen Kindern zu fördern, welche auch den Religionsunterricht in polnischer Sprache empfangen. Der katholische Religionsunterricht in den Bromberger Schulen werde aber durch deutsche Sprache erteilt. Der Kultusminister, an den man sich nunmehr wandte, hat, wie die „Erl. Ztg.“ erzählt, die Beten gleichfalls abschlägig beschieden.

Schneidemühl, 8. November. Brunnenschneider Vetter hat von seiner Reise sechsundzwanzig Meter Rohre mitgebracht und versucht, die Quelle in der Tiefe, und zwar an drei Stellen, abzufangen. Vetter glaubt, daß er bis 90 Meter Tiefe werden müssen, die Erbsenfundamente sind sehr bedeutend. An manchen Stellen in der Größe und der kleinen Kirchenstraße betragen sie über sechs Zentimeter. Auch die Tiefe in den Häusern werden immer größer.

Schneidemühl, 8. November. Der Stand der Brunnenschneider ist heute nicht verändert, die Risse in der Erde sind früher befürchteten Häuser sind nicht größer geworden, der Ausfluß aus dem einen Bohrloch ist gleich stark. — Der Regierungs-Präsident v. Tiedemann ist hier eingetroffen.

Wilhelmshafen, 8. November. Der Chef der Flottenflotte, Vize-Admiral Schröder, wurde zur Disposition gestellt.

Hamburg, 7. November. Die gegen die beabsichtigte Tabakfabrik-Steuer von dem hiesigen Agitations-Komitee ins Leben gerufene Petition an den Senat mit der Schlussfolgerung, durch seinen Vertreter im Bundesrat gegen die Vorlage stimmen lassen zu wollen, erzielte, bei lebhafter Theilnahme in allen Volksschichten, insgesamt 39 700 Unterschriften. Es kann wohl kaum einen vollständigeren Beweis dafür geben, daß die Absicht der Regierung, auch durch diese Steuer die Mehrkosten der Militärvorlage zu decken, nicht als volkshässig bezeichnet werden darf und daß die zugesagte Schonung des „kleinen Mannes“ mit dem Gesetzentwurf nicht vereinbar ist.

Weimar, 6. November. Die Deputation des „Deutschen Photographen-Bereins“ und der mit diesem in Verbindung getretenen Photographen-Vereinigungen an die Minister v. Bötticher und v. Berlepsch in Angelegenheit der Sonntagsruhe hat einen Erfolg erzielt, wie er in Anbetracht der einschneidenden Tendenz des Gesetzes als notwendig erachtet werden mußte. Die aus den Herren Schöner, Weimar, Fr. Müller-Wilmsen, Th. Petersen-Hamburg, J. C. Schaarwächter-Berlin und H. Wittmann-Essen gebildete Abordnung wurde am Donnerstag Nachmittag um 10 Uhr Vormittags von Sr. Excellenz dem Herrn Staatssekretär v. Bötticher im Reichsamt des Innern empfangen. Herr Schöner als Sprecher der Deputation richtete an den Herrn Minister nach der Vorausschickung, daß die Deputation sämmtliche deutsche 10 Fachvereine für Photographie mit in Summa 1757 Mitgliefern vertritt, die Bitte, es möchte auf die Photographen die §§ 105e und 105f Abs. 3 der Gewerbeordnung angewendet werden, d. h. es möchte den Photographen gestattet werden, den ganzen Sonntag, und zwar mit den Gehülften zu arbeiten. Dafür wollten die Mitglieder über den Gehälften abwechselnd Ruhe einnehmen. Der Herr Minister erklärte, daß er die Bitte der Deputation nicht ablehnen werde, wenn sie auch keine definitiven Resultate im Sinne der Wünsche des Photographenverbandes erzielt haben, einen diesen Wünschen günstigen Einfluß bei der Entscheidung über die in Rede stehende Frage üben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. November. Die schwierigen Personalfragen, die bei der Bildung des Koalitions-Kabinetts aufgetaucht, sind noch nicht beseitigt, ja die Personalfragen zeigen sich immer mehr zu Partei- und Prinzipienfragen zu. So erheben die Konservern Einspruch gegen die Verleihung des Portefeuilles des Innern an Baron Wismann, weil letzterer ein ausgesprochener Parteimann der Linken, dagegen wünschen sie, daß einer der übrigen, Graf Schöner, Unterrichtsminister werde, woran wiederum die Liberalen Anstoß nehmen. Der bisher als Kandidat für das Unterrichtsministerium genannte polnische Abgeordnete Madeski, der den Liberalen genehm wäre, stößt bei der liberalen Fraktion des Parlaments auf Widerstand. Diese sich häufenden Gegenstände zu überbrücken, wird dem Fürsten Windischgrätz immer schwieriger. — Außer dem Fürsten Windischgrätz

wurden gestern auch Graf Taaffe und Graf Vauden vom Kaiser zu Rathe gezogen. Auch Graf Thun von Prag wieder hierher bechieden worden sein. Man beginnt die Möglichkeit zu erwägen, daß die Bildung eines Koalitions-Kabinetts nicht gelingt, und daß sodann die Krone gezwungen sein wird, aus eigener Initiative ein Beamten-Ministerium zu bilden.

Heute sind die ungarischen Minister Welerle und Tisza hier eingetroffen. In politischen Kreisen Ungarns herrscht kein Zweifel, daß die Krone die Einbringung der Zivilis-Vorlage genehmigen werde, es scheint aber, daß die Regierung gewisse Garantien gegen die Haltung jener Magnaten wünscht, welche in ihrer Opposition sich auf angebliche Intentionen des Monarchen berufen.

Wien, 8. November. Ministerpräsident Dr. Welerle und Minister a. i. v. Graf Tisza sind heute hier eingetroffen. Ministerpräsident Dr. Welerle wurde Mittags vom Kaiser in Audienz empfangen.

Der Statthalter von Böhmen, Graf Thun, hatte eine Unterredung mit dem Fürsten Windischgrätz.

Wien, 8. November. Der Kaiser empfing heute Mittag den Minister-Präsidenten Grafen Taaffe in halbstündiger Audienz.

Frankreich.

Paris, 6. November. Die „Reinische Zeitung“ besprach vor einigen Tagen die ruffenfreundliche Haltung der katholischen Geistlichkeit in Frankreich und wies darauf hin, daß sie sich nur mit Billigung des Vatikan so tief vor dem Jaren, dem orthodoxen Gegner des Papstthums, habe beugen können. Der streitbare Erzbischof von Niz, Gonthier-Saulard, der noch vor nicht langer Zeit von der Regierung gemaskert werden mußte, bestätigt diese Anschauung jetzt indirekt in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Figaro“, der ihm seine Meinung über die ruffisch-französischen Feste und ihre Folgen befragte. Der Erzbischof sagte im Wesentlichen Folgendes: „Ich freue mich doppelt über diese Feste, erstens als Bischof und dann als Staatsbürger. Sie bezeugen nicht allein den Frieden und erhöhen das Ansehen Frankreichs in der Welt, sondern haben auch das Ergebnis, daß sie alle Franzosen verbinden, den schlechten Leuten, unsern Haß, unsern Eifersüchteleien Schweigen aufzuzwingen und namentlich, daß nach so langer Zeit vor der amtlichen Welt öffentlich wieder der Name Gottes ausgesprochen wird. Während dieser Nationalfeste nahm die Geistlichkeit ihren Platz unter den großen Staatskörpern wieder ein; sie besaß sich in den Festtagen; sie nahm reichen Antheil an allen Kundgebungen. In Toulon wie in Lyon und Marseille waren bei den von den Gemeindevorständen und Generalräthen gegebenen Festessen die Bischöfe der Gegenwart achtungsvoller Zuvorkommenheit. Ich persönlich kam nur lobend zu, daß der Präfect von Marseille und der Präsident des Generalraths, zu dessen Rechten ich beim Essen saß, mich sehr herzlich aufgenommen haben. Der Bischof von Montpellier wurde sehr warm begrüßt, als er sich in Toulon Mittags nach dem Essen auf die Bibliothek begab. Das Volk rief ihm zu: „Hoch Frankreich! Hoch die Geistlichkeit!“ In La Seyne beim Stapellauf des „Saurmücker“ begleitete ein lautes Beifalls-Gemurre die bereiten Worte, die der Bischof von Lyons an den Präsidenten der Republik richtete. Diese wiederholten Kundgebungen sind bezeichnend. Sie sind für den religiösen Frieden und die religiöse Freiheit glückliche Unterpfänder, die wir mit Freunden begrüßen. Ich glaube und hoffe fest, daß sich die Beziehungen der Geistlichkeit zur Regierung in Folge des Einflusses der ruffisch-französischen Feste von Tag zu Tag bessern werden. Die von den Ministern und Ministern des Admirals Avelane der Geistlichkeit gegebenen Beweise der Achtung — diese Herren haben öffentlich unsern bischöflichen Ring geküßt — sind nicht unbemerkt verübertgegangen. Die Verbindung mit einem so religiösen und gläubigen Volke hat uns zum wichtigsten für die Unzufriedenheit empfänglich gemacht. Man scheint zu begreifen — und besser spät, als niemals —, daß die Rechte des Gewissens unverwundbar sind. Und das ist schon viel. Frankreich ist ein katholisches Land, man darf es nicht vergessen, wenn man seinen Geist verstehen will. Unsere historischen Grundsätze können nicht von unserm Glauben getrennt werden. Man würde sie ohne ihn nicht begreifen. Deshalb ist es bedauerlich, daß man ihn so lange vernachlässigt hat. Was die Geistlichkeit wie ein einziger Mann wünscht, ist die Einheit, die Einheit unter den Bürgern. Wenn die Regierung nur gewollt hätte, sie würde uns nie gegen sich gehabt haben. Denn bei unsern Zurücksetzungen haben wir nur das Interesse der Gewissen im Auge, das Heil der Seelen, folglich das Interesse des Landes.“

Der Erzbischof erklärte dann, daß die Geistlichkeit sich mit der Verwirklichung des Unterrichts möglichst abfinden werde, daß sie glaube, man werde die Orden von selbst in die Krankenhäuser wieder zurückführen, daß sie sich aber gegen die Wehrpflicht der Seminaristen stets sträuben werde. Er schloß dann: „Mein letztes Wort ist Hoffnung. Das Gute kann nicht bezweifelt werden. Die Männer gehen dahin, die Grundsätze bleiben. Unser schönes Land birgt abwärts zu viel Opyerwilligkeit, Edelmut, Warmherzigkeit und gesunde Lebenskraft, als daß man an seiner Zukunft verzweifeln sollte. Gott beschützt immer Frankreich!“

Paris, 6. November. Der Minister des Aeußeren Develle hat gestern Abend in seiner Gemach das Bar le Duc einem ihm zu Ehren von seinen Wählern veranstalteten „Fest“ beizuwohnt und bei dieser Gelegenheit eine (telegraphisch gemeldete) Rede gehalten, welche Erwähnung verdient. Der Minister hat zuvörderst sein Bedauern ausgedrückt, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, während der Wahlperiode nach Bar le Duc zu kommen, aber die auswärtigen Ereignisse und namentlich der Konflikt mit Siam hätten ihm nicht gestattet, Paris zu verlassen. Herr Develle hat sodann an das bekannte Wort Gambettas erinnert: „Die Aera der Gefahr vorüber, beginnt die Aera der Schwierigkeiten“ und die Befähigung ausgesprochen, daß dieses Wort auch die gegenwärtige Situation kennzeichne. Das Cabinet habe noch nicht über die politische Linie, welche es befolgen werde, beraten. Folglich werde der Minister des Aeußeren darüber nichts sagen. Herr Dupuy werde darüber das Land unterrichten; der Konseil-Präsident werde sagen, daß wir die Frei-

heit, das Gesetz, „das ganze Gesetz“ respektieren müssen und daß wir unseren Kredit und unsere militärische Organisation, die einzige Schutzwehr unserer Unabhängigkeit, anständig erhalten müssen, „denn wir sind bereit, aber wir bedrohen niemanden“. Der Minister des Aeußeren fuhr dann also fort: „Gambetta sagte, die auswärtige Politik darf sich weder geheime Pläne noch Abenteuer gestatten. Wir haben gerade in unseren Beziehungen mit Siam bewiesen, daß diese Regel die wirrige ist; wir haben es ebenfalls bewiesen anläßlich der französisch-russischen Beziehungen, welche Europa angefaunt und bewundert (!) haben wird, von denen das Echo von der Newa bis zum Ural wiederklingt. Wir haben den russischen Marine-Offizieren eine entzückende Dotation bereitet, wie sie in der Geschichte einzig dasthet.“ Der Minister sagte zum Schluß, daß das Land, nachdem die Republik es unbefriedigbar gemacht habe, dieselbe glückselig machen werde. Da dieser letzten Phrase im Munde des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten eine kriegerische Bedeutung beigelegt werden könnte, welche Herr Develle scharf beabsichtigt hat, bemerkt ich ausdrücklich, daß ich dieselbe dem Verichte des „Temps“ entnommen habe.

Paris, 7. November. In einer an die Blätter vertheilten Mittheilung der „Agence Havas“ heißt es, daß die am Sonntag von dem Minister des Aeußeren Develle in Bar le Duc gehaltenen Rede in dem vom „Temps“ gestern veröffentlichten Verichte nicht genau wiedergegeben worden sei; der Vericht sei sowohl dem Inhalt, als der Form nach durchaus ungenau.

Im Ministeriat beauftragte der Minister des Aeußeren Develle, daß der französische Geschäftsträger von Neuem bei der englischen Regierung das Erscheinen des Cornelius Herz vor dem Tribunal in Westminster beantragt hat.

Spanien und Portugal.

Madrid, 8. November. Nach hier vorliegenden Nachrichten aus Melilla ist gestern Morgen von dort eine Kolonne zur Verproviantirung der Forts abgegangen.

Barcelona, 8. November. Von den gestern im Theatro Rico verstorbenen Personen sind 3 in dem Hospital ihres Verletzungen erlegen. Fünf der Verstorbenen gehören zu einer Familie.

Ein dritter Anarchist, welcher dabei betroffen wurde, als er eine Bombe unter einer Bank versetzen wollte, wurde ebenfalls verhaftet.

Großbritannien und Irland.

London, 7. November. Unterhaus. Nach vierstündiger Debatte wurde die Bill betreffend die Erhebung von Distrikts- und Kirchspielsteuern in zweiter Lesung ohne Abstimmung angenommen.

London, 8. November. Nach einer Meldung der „Times“ aus Philadelphia werden Agenten der brasilianischen Regierung Schiffsmannschaften für ein Jahr an. Agenten des Admirals Nello kaufen Schiffe, um die von der brasilianischen Regierung gekauft zu werden, sobald sie die Häfen der Vereinigten Staaten verlassen.

Wie die „Daily News“ erfahren, hätte General Forbes bei Fort Salisbury den Matabele eine Entschuldigungschrift geliefert und ihnen ernste Verluste beigebracht.

Wie die „Times“ aus Sofia melden, soll der von der Anlage der Theilnahme an der Ermordung des Ministers Velschko vom Appellgerichtshof freigesprochene Georgiew von Neuem verhaftet worden sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. November. Der frühere Chefredakteur von „Dagbladet“ und Korrespondent einiger hervorragender ausländischer Zeitungen, R. B. Greve, ist im Alter von 61 Jahren gestorben.

Rußland.

Petersburg, 8. November. Im Beisein des Kaisers fand heute der Stapellauf des Küstenvertheidigungs-Panzer Schiffes „Admiral Ushakov“ statt, welches aus der hiesigen Schiffswerft erbaut wurde.

Amerika.

Washington, 8. November. Bei den gestrigen Staatswahlen sind im Staate New York für sämtliche Staatsämter die republikanischen Kandidaten gewählt worden. Im Staate New Jersey wurden die Demokraten ebenfalls gewählt. Mc. Kinley ist mit einer Majorität von 60 000 Stimmen zum Gouverneur von Ohio gewählt worden. In Pennsylvania, Massachusetts und Iowa haben die Republikaner, in Virginien, Kentucky und Maryland dagegen die Demokraten bei den Staatswahlen gesiegt.

Washington, 8. November. Der demokratische Kandidat für den Posten eines Richters bei dem Appellate des Staates New York, Isaac Maynard, welcher geschwinder Handlungen bei den Staatswahlen angefaunt worden war und von den unabhängigen Demokraten bekämpft wurde, ist einer Majorität von fast 100 000 Stimmen unterlegen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. November. Von befreundeter Seite ist dem in unsern Blättern gegen den Herrn Stadtschulrath Dr. Kroffa erschienenen Artikel der Einwand entgegengeführt, daß derselbe die Verdienste, welche Herr Dr. Kroffa um die Entwicklung des hiesigen Schulwesens habe, doch zu wenig würdige. Wir möchten dem gegenüber aber hervorheben, daß von einer außerordentlichen Leistung des hiesigen Schulwesens während der Amtsperiode des Herrn Dr. Kroffa doch kaum die Rede sein kann. Die drei höheren städtischen Schulen — Stadthauptschule, Friedrich-Wilhelm-Schule und Schiller-Schulhaus — existierten bereits, ehe Herr Dr. Kroffa nach hier kam. Von einer besonderen Förderung des höheren Schulwesens kann daher jetzt nicht die Rede sein. Das einzige, was hier unter seiner Verwaltung durch ihn neu hinzugekommen, ist eine sehr wertvolle Erhöhung des Schulgebäudes; dieselbe mag notwendig gewesen sein, ein besonderes Verdienst können wir in dieser Erhöhung des Schulgebäudes aber auch nicht erblicken.

Es folgen die beiden Mittelschulen — Otto-Schule und Barnimschule. Auch diese zwei existierten schon vor der Amtsführung des Herrn Dr. Kroffa; auch diese haben das Schulgebäude erhöht, sind aber durch ihn auch nicht wesentlich gefördert.

[illegible]

428 52 52 (3000) 588 95 66 65 67 924 **30130** 364 588 608 770 901 41 42 **222118** 142 220 460
428 599 616 25 794 (3000) 992 62 550 79 (500) 843 **223138** 97 (800) 887 696
0017 137 66 68 70 234 61 508 78 (1500) 98 (3000) 730 628 907 (9000) **224063** 88 850 495
714 19 67 **4111** 258 858 57 469 711 803 543 623 747 960 **225019** 110 (3700) **34** 207 319